

Absender:
Hillner, Andrea

24-24284
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Veröffentlichung von Einwohneranfragen auf der Mitreden-Plattform

Empfänger: Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	Datum: 26.08.2024
-----------------------------------------------------------	----------------------

Beratungsfolge: Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)	17.09.2024	Status Ö
------------------------------------------------------------------	------------	-------------

Sachverhalt:

Einwohneranfragen sind ein wichtiges Instrument der Bürgerbeteiligung und tragen maßgeblich zur Stärkung unserer Demokratie bei. Sie fördern Transparenz, schaffen Vertrauen und ermöglichen es, die Anliegen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger direkt in die kommunalpolitische Arbeit einfließen zu lassen. Um diesen positiven Effekt weiter zu verstärken, wäre es zielführend, die Antworten auf Einwohneranfragen zukünftig auf der Homepage der Stadt Braunschweig, speziell auf der Mitreden-Plattform, zu veröffentlichen. Dies kann auch dazu beitragen, in den Sitzungen redundante Antworten auf gleiche bzw. vergleichbare Fragen zukünftig besser zu vermeiden.

In diesem Zusammenhang bitte ich um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Vorteile sieht die Stadtverwaltung darin, dass durch die Online-Veröffentlichung der Antworten auf Einwohneranfragen die tatsächlichen Probleme und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger besser erkannt und adressiert werden können?
2. Wie kann durch die Veröffentlichung der Fragen/Antworten von Bürgeranfragen sichergestellt werden, dass eine breitere Öffentlichkeit erreicht wird und die Informationen für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich sind, insbesondere für diejenigen, die z.B. aus beruflichen, familiären oder gesundheitlichen Gründen nicht an öffentlichen Sitzungen teilnehmen können?
3. Welche konkreten Maßnahmen plant die Stadtverwaltung, um z.B. durch die Offenlegung der Antworten auf Einwohneranfragen auf der Mitreden-Plattform das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Kommunalpolitik zu stärken und die Glaubwürdigkeit der kommunalen Institutionen zu fördern?

Anlage:
keine